

Rundbrief des EAK Sachsen-Anhalt

31. Jahrgang, Ausgabe , Weihnachten 2025

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt (Hrsg.)
c/o CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt
Fürstenwallstraße 17 Tel.: 0391 566680
39104 Magdeburg E-Mail: LV@eak-sachsenanhalt.de
Homepage: <https://www.eak-sachsenanhalt.de>

Fürchtet euch nicht!

Die Advents- und Weihnachtszeit ist die Zeit der Engel. Sie sprechen zu Maria, zu Josef, zu den Hirten und auch zu Ihnen und mir. Und ihr Gruß ist: Fürchtet euch nicht!

Fürchte dich nicht! spricht der Engel zu Maria. Sie weiß nichts von dem Kind, das in ihrem Leib heranwächst; sie weiß auch nichts von seiner Besonderheit: nichts von dem Leben, an das wir uns noch zwei Jahrtausende später erinnern werden, nichts von dem Segen, der auf ihrem Kind ruht. Und sie weiß auch noch nicht, dass sie, ein junges Mädchen, das gerade erfährt, dass sie schwanger ist, Hilfe und Trost erfahren wird. Büxt sie von zu Hause aus und flieht zu Elisabeth und Zacharias? Oder schicken sie ihre Eltern zu ihren nahen Verwandten, um ihre Tochter zu verstecken mit dem Ziel, der Schande einer vorehelichen Schwangerschaft zu entgehen? Ganz gleich: Elisabeth erwartet

Aus dieser Ausgabe

Andacht zu Weihnachten	1
Die neue EKD-Friedensdenkschrift	3
Damit konnte niemand rechnen	4
Treffen des EAK mit KP Wolkenhauer	5
Bildung mit klarem Kompass	7
Erneuertes Schulgesetz	9
Gedenkstättenbesuche	10
Pflegebedürftige und Pflegende im Blick	11
Für eine liberale Ordnung	13
Leserbrief	14
Felmberg in Ethikrat	14
Die Weihnachtsgeschichte	14
Kinderliteraturtipp	16



„Verkündigung Mariæ“ von Fra Angelico, Fresco im Dominikanerkonvent San Marco in Florenz, geschaffen 1440-1445
© WIKIMEDIA, gemeinfrei

ebenfalls ein Kind. Sie hatte sich so danach gesehnt. Jetzt ist sie voller Freude, und ihre Freude steckt Maria an. Und Maria versöhnt sich nicht nur mit ihrem Schicksal, sondern merkt, dass sich ihre Angst vor dem, was werden soll, verwandelt in eine Freude auf das, was kommen wird. Sie singt. Und das Lied, das wir Magnificat nennen, klingt über die



OKR Michael Lehmann
©EKM

Jahrhunderte und die Kontinente hinweg bis zu Ihnen und mir – ein Gesang unzähliger Menschen verschiedenster Zeiten und Orte: gewaltig, freudig, unüberhörbar. Das Wort des Engels: Fürchte dich nicht! hat sich erfüllt. Aus einer bedrängenden Lage ist ein kraftvoller, unaufhörlicher, ermutigender Gesang geworden.

Fürchte dich nicht! spricht der Engel zu Josef. Er ist unschlüssig, ob er bei seiner Verlobten Maria bleiben soll. Ein Kind schon jetzt? Vor der Ehe? Noch kann er sich davonstehlen; es ist die letzte Gelegenheit. Der Engel erinnert ihn an seine Liebe zu Maria, an das Gottesgeschenk eines Kindes – und an seine Verantwortung. Josef soll es sein, der Jesus seinen Namen gibt und ihn unter seinem Schutz aufwachsen lässt. Und welche Zweifel auch Josef auch immer geplagt haben mögen, ob er der Verantwortung, die auf ihm liegt, gerecht werden könne – Josef bewährt sich: er begibt sich mit seiner hochschwangeren Frau nach Bethlehem, flieht mit seiner Familie ins Ausland und entgeht so der Ermordung seines Kindes, kehrt nach überstandener Gefahr mit ihnen nach Nazareth zurück. Das Wort des Engels: Fürchte dich nicht! hat sich erfüllt. Aus einem grundhaft verunsicherten Menschen ist ein planvoll und erfolgreich handelnder, ein verantwortungsvoller Mann und Vater geworden.

Fürchtet euch nicht! spricht der Engel schließlich zu den Hirten. Sie hören den Gruß auf offenem Feld, in ihrer prekären Lage, ihrem elenden Leben, ihrer

Unzufriedenheit (Wer weiß, vielleicht hätte aus ihnen auch etwas Ordentliches werden können? Wenn man sie gelassen hätte – wenn nicht immer andere bevorzugt würden, denen wirft man es hinterher, und man selber muss sehen, wo man bleibt ...) Ihnen zuerst gilt Gottes Botschaft von der großen Freude, der Ehre Gottes im Himmel und dem Frieden auf der Erde. Und die Hirten, gut eingerichtet in ihrem pessimistischen Weltbild, in denen Frust, Missgunst, Hass und die Gewissheit, dass sich alle und alles gegen sie verschworen hätten, ihren unverrückbaren Platz gefunden haben – diese Hirten hören es, brechen auf und werden Zeugen der ersten Stunde. Das Wort des Engels: Fürchte dich nicht! hat sich erfüllt. Aus frustrierten und zurückgezogenen Menschen werden Botschafter der Freude und der Nähe Gottes.

Fürchten Sie sich? Gründe gäbe es viele, zum Beispiel die wachsende Nervosität in unserer Gesellschaft angesichts komplexer Problemlagen, die zunehmende Streitlust, angetrieben von Menschen, die mit super-einfachen Argumenten, Projektionen und Parolen der Komplexität der zu lösenden Herausforderungen nicht gerecht werden; die digitalen Echoräume, die nicht das Moderate, sondern das Schrille und Skandalöse verstärken und zur Erhitzung der Gemüter beitragen und die so ihre fatalen Wirkungen in der analogen Welt entfalten: Verlust des Gemeinsinns, Verrohung der Sprache, Misstrauen gegenüber allen, die Verantwortung übernommen haben. Zum Beispiel der Krieg, der mitten in Europa wütet und uns näher und näher rückt. Oder das Klima, das spürbar aus den Fugen gerät. Oder die weltweiten Wanderungsbewegungen von Menschen, die vor Tod und Verderben fliehen und in die Länder des Friedens und Wohlstands einwandern, mit allen sozialen Folgen an ihren vormaligen und neuen Orten und allen Herausforderungen für die Ausbalancierung von Nachbarschaft vor Ort und in der globalisierten Welt. Oder die bevorstehende Wahl.

Fürchten Sie sich? Gründe gibt es viele: damals wie heute. Darum gilt der Gruß der Engel auch Ihnen: Fürchtet euch nicht! Dass dieser Gruß Wirkung zeitigt, sehen wir an Maria, an Josef und an den Hirten:

Sind Sie verunsichert? Gott wird Sie ermutigen, wie er Maria ermutigte. Sind Sie unentschlossen? Gott traut Ihnen Verantwortung zu, er legt Aufgaben in Ihre Hände, und Sie werden sie bewältigen, wie wir es an Josef sehen.

Sind Sie unzufrieden? Gott wird Ihnen Grund zur Freude schenken, und Sie werden den Mund auftun und von dem Überraschenden, Wunderbaren, Frohmachenden aller Welt berichten, so wie es die Hirten taten.

Darum: Fürchtet euch nicht! Sie werden sehen:

Verunsicherung weicht der Ermutigung. Orientierungslosigkeit weicht der Verantwortlichkeit. Unzufriedenheit weicht der Freude. Weihnachten wird es, und das neue Jahr wird ein Jahr des Herrn – auch für Sachsen-Anhalt, auch für Sie.

OKR Michael Lehmann

Personaldezernent der Evangelischen Kirche in Mitteleuropa



Thomas Rachel MdB
©Tobias Koch

Die neue EKD-Friedensdenkschrift

Eine gute Grundlage zur Orientierung und weiteren Debatte

Anlässlich der [...] Veröffentlichung der neuen Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit dem Titel „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick“ erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:

„Die neue EKD-Friedensdenkschrift bietet eine gute Grundlage zur friedensethischen Orientierung und auch für die gesamte weitere friedenspolitische Debatte.“

Angesichts der massiven neuen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Gefährdungen und Herausforderungen der letzten Jahre, des weltweiten Erstarkens illiberaler und demokratiefeindlicher Kräfte sowie der Wiederkehr brutaler Angriffskriege und menschenverachtender Konflikte war sowohl eine Fortschreibung und Aktualisierung der alten Friedensdenkschrift ‚Aus Gottes Frieden leben‘ (2007) als auch die Selbstkorrektur mancher recht einseitig ausgerichteter kirchlicher Stellungnahmen der letzten Jahre unbedingt notwendig.

Die neue Friedensdenkschrift zeichnet ein realistisches Bild der umfassenden globalen Friedensbedrohungen und der militärischen und existentiellen Gefährdungslagen der Gegenwart. Sehr positiv ist an-

zumerken: „Welt in Unordnung“ bietet keine fertigen Antworten und fällt keine vorschnellen moralisch-ethischen Urteile, sondern der Duktus der gesamten Argumentation, gerade auch bei den einschlägig bekannten friedenspolitischen Kontroversen, ist wohltuend abwägender und differenzierter Natur.

Die neue Friedensdenkschrift will sich als theologische Hilfe zur Orientierung und Gewissensbildung bzw. -schärfung verstehen und das gelingt ihr auch.

Dieser offen-diskursive und abwägende Grundansatz, der die gesamte Denkschrift durchzieht, gefällt mir ausgesprochen gut. Denn er bietet auch eine konstruktive Grundlage für das notwendige weitere politische Ringen um die aus christlicher Perspektive besten Lösungsansätze.

Hier ist eine ausgesprochen gelungene Rückkehr zu dem vollzogen worden, was immer schon zur klassischen Stärke der Evangelischen Ethik gehört hat, nämlich die gewissenhafte Orientierung am biblischen Zeugnis in Verbindung mit dem dann neu gewonnenen kritisch-theologischen Blick auf die gesellschaftlichen und politischen Fragen und Herausforderungen der gegenwärtigen Zeit.

Konkret und positiv hervorzuheben sind u.a. die wieder stärkere Betonung der notwendigen Dimension der rechtserhaltenden Gewalt (unter gleichzeitiger Wahrung des Leitbildes vom ‚Gerechten Frieden‘), die gewissermaßen fundamentalethische Einhegung und damit auch wohlverstandene Relativierung von radikal-pazifistischen Positionen, die klare Anerkennung des Rechtes zur Verteidigungsfähigkeit eines angegriffenen Staates (unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit) sowie die Betonung sowohl der Untrennbarkeit von Frieden und Freiheit auf der einen als auch der Zusammengehörigkeit der Perspektiven von Sicherheit und Freiheit auf der anderen Seite.

In einer Welt voller Unfrieden, Konflikte und Hass ist auch das ureigenste Friedenszeugnis der Kirchen entscheidend wichtig. Die weltweite Ökumene wird in der Denkschrift insofern zu Recht als entscheidender ‚Ort des Friedenszeugnisses‘ benannt. An diesem Punkt hätte man sich angesichts der zunehmenden weltweiten Tendenz zur Instrumentalisierung und politischen Ideologisierung von Kirche und Christentum allerdings ein paar mehr Ausführungen und auch selbstkritischere Konkretisierungen gewünscht. Denn vom Moskauer Patriarchen Kyrill bis zur MAGA-Bewegung in den USA zeigt sich derzeit wieder die ganze Problematik der Missbrauchsanfälligkeit auch im Christentum.

Wenn auch gewiss manche Akzentsetzungen und Einzelaspekte in der neuen Denkschrift weiterhin strittig und kontrovers betrachtet werden könnten,

handelt es sich bei ‚Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick‘ um einen insgesamt sehr gelungenen Beitrag zur friedensethischen und friedenspolitischen Debatte.“

Thomas Rachel.
Bundesgeschäftsführer des EAK

„Hilfsbereit – Hilfe bereit“ und doch: „Damit konnte niemand rechnen.“



Landesopferbeauftragte Dr. Gabriele Theren,
Franziska Weidinger Ministerin des
Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz.
© Foto: MJ LSA

Die Anschläge der vergangenen Jahre – 2016 auf dem Breitscheidplatz in Berlin, 2019 in Halle und Wiedersdorf sowie 2024 auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt – haben gezeigt, wie tief Großschadensereignisse das Leben von Betroffenen und Hinterbliebenen prägen und welche Wunden sie ein Leben lang bei den Menschen hinterlassen. Gerade deshalb ist es entscheidend, dass ein Land Strukturen besitzt, die in solchen Ausnahmesituationen schnell und verlässlich greifen.

Sachsen-Anhalt hat aus früheren Ereignissen gelernt – und war vorbereitet. In Sachsen-Anhalt gab der Anschlag in Halle und Wiedersdorf den Impuls zur Einrichtung der Stelle eines Landesopferbeauftragten (LOB) sowie einer Zentralen Anlaufstelle für Opfer

und deren Angehörige in Fällen von Terrorismus und sonstigen auf Straftaten beruhenden Großschadensereignissen in Sachsen-Anhalt (ZALOB). Nach dem Beschluss der Landesregierung Ende 2019 nahm die Anlaufstelle im April 2020 mit einer Sachbearbeiterin ihre Arbeit auf. Die Bestellung der Landesopferbeauftragten erfolgte durch die Landesregierung erstmalig im Juli 2020. Die Hauptaufgabe der Landesopferbeauftragten bestand zuerst darin, gemeinsam mit der Geschäftsstelle ein Netzwerk zur Unterstützung und Hilfeleistung von Betroffenen und ihren Angehörigen durch Kooperationen und Abstimmung mit allen in Betracht kommenden Partnern aufzubauen.

Dieses belastbare Netzwerk aus staatlichen und nichtstaatlichen Partnern hat im Dezember 2024 seine volle Stärke gezeigt. Die Reaktion aller Akteure nach dem schrecklichen Anschlag auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt war unmittelbar und zielgerichtet. Bereits am Tag nach der Tat fanden erste Abstimmungen statt, initiiert durch die Ministerin für Justiz und Verbraucherschutz, Franziska Weidinger. Drei Tage später wurden Betroffene und Hinterbliebene persönlich angeschrieben und über konkrete Hilfen informiert. Ein in Sachsen-Anhalt bislang einmaliger Runder Tisch brachte Vertreter von Land und Bund zusammen, sodass medizinische, psychologische, rechtliche und soziale Unterstützungsangebote schnell und abgestimmt bereitstanden. Die zusätzliche Schaffung psychotherapeutischer Kapazitäten durch die Kasernenärztliche Vereinigung und die Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer, nur wenige Tage nach dem Anschlag, zeigt, wie zügig im Ernstfall agiert werden kann.

Es hat sich gezeigt, dass wir durch die Vorbereitungsarbeit schnell Hilfen anbieten und auch umsetzen konnten.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass unser System weiterentwickelt werden muss: Der Opferhilfefonds wurde nach dem Anschlag in Magdeburg angepasst, um den besonderen Bedarf der Magdeburger Betroffenen gerecht zu werden. Das Verfahren wurde im Landtag von Sachsen-Anhalt sehr zügig umgesetzt und der Fonds auch finanziell aufgestockt. Seitdem konnten bis Oktober 2025 bereits rund 200 einmalige Hilfeleistungen in Höhe von etwa 350.000 Euro bewilligt werden.

Die Arbeit des Fonds liefert zudem wertvolle Erkenntnisse über Art und Dauer der Verletzungen und über den langfristigen Hilfebedarf. Die Bewältigung der Ereignisse von Magdeburg wird viele Jahre in Anspruch nehmen – für die Betroffenen wie auch für das Hilfesystem.

Eine der größten Herausforderungen stellte nach dem Anschlag in Magdeburg der Datenschutz dar. Die

strengen Vorgaben erschwerten eine rasche und umfassende Informationsweitergabe. Besonders schwer nachvollziehbar war das Missverhältnis zwischen dem mutmaßlichen Täter, der über Prozessakten private Daten der Opfer erhielt und diese sogar anschreiben konnte, und den Hilfsstellen, die sich gleichzeitig mit erheblichen Beschränkungen konfrontiert sahen.

Das Justizministerium reagierte umgehend und initiierte auf der Justizministerkonferenz Anfang November 2025 eine Initiative zum verbesserten Opfer- und Zeugenschutz. Die Initiative des Landes Sachsen-Anhalt stieß auf breite Unterstützung und hat dazu geführt, dass der zuständige Bund nunmehr Reformvorschläge erarbeiten wird.

Auch die Vielzahl paralleler Antragsverfahren – vom Spendenfonds über Landes- und Bundeshilfen bis zu Leistungen nach SGB XIV und der Unfallkasse – wurde von den Betroffenen des Anschlags in Magdeburg als Belastung wahrgenommen. Ein digitaler „Grundantrag“, der für alle nachgelagerten Verfahren gültig ist, könnte diese Hürde künftig deutlich reduzieren. Hier sind pragmatische Lösungen gefragt, um die Opfer und Hinterbliebenen zu entlasten.

Die Kommunikation mit Betroffenen bleibt meines Erachtens ebenfalls ein sensibles Feld: Behördenbriefe wirken oft unpersönlich oder schwer verständlich. Wir haben daher unsere eigenen Schreiben bewusst vereinfacht und klarer gestaltet, um Unsicherheiten zu vermeiden und Vertrauen zu stärken.

Rechtsstaatliche Vorgänge verständlich zu erklären, ist gerade in solchen Situationen eine Herausforderung. Die Begrenzung der Nebenklagevertretungen im Ermittlungsverfahren war juristisch korrekt, wurde aber von Betroffenen als schwer nachvollziehbar empfunden.

Hier braucht es künftig noch mehr Transparenz und frühzeitige erklärende Informationen über Rechte, Abläufe und mögliche Entscheidungen. Nur wenn die Menschen verstehen, was der Staat warum macht, können wir das Vertrauen in unsere Strukturen sichern.

Erstaunlich bleibt, dass psychische Verletzungen im Strafrecht weiterhin nicht den Stellenwert besitzen, den sie im Sozialrecht bereits haben. Schwere Traumatisierungen können ebenso lebensverändernd sein wie körperliche Verletzungen. Auch hier sollte der Anschlag in Magdeburg Anstoß für eine stärkere rechtliche Anerkennung psychischer Schäden sein.

Zum Schluss möchte ich allen Akteurinnen und Akteuren aus staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen herzlich danken. Ihre enge Zusammenarbeit, die hohe Professionalität und die beeindruckende Geschwindigkeit der Hilfsleistungen haben gezeigt, wie stark unser Netzwerk ist – und wie wertvoll diese

Vorbereitung für die Betroffenen war.

Dr. Gabriele Theren

Landesopferbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt

Treffen des EAK – Vorstandes mit Kirchenpräsident Wolkenhauer

Mit diesem ersten Treffen des EAK-Vorstandes der CDU-Sachsen-Anhalts am 3. November 2025 im Landeskirchenamt in Dessau – Roßlau wurde die Tradition der regelmäßigen Gesprächstermine zwischen dem EAK – Landesvorstand und dem Kirchenpräsidenten der Ev. Landeskirche Anhalts fortgesetzt. Zum besseren Kennenlernen gab es eine kurze Vorstellungsrunde und Darstellung der jeweiligen Arbeitsschwerpunkte.

Breiten Raum nahm daraufhin die aktuelle Situation der Landeskirche ein: Als die kleinste evangelische Landeskirche steht sie vor besonderen Herausforderungen: 23000 Mitglieder, mit deutlich rückläufiger Tendenz und hoher Altersstruktur der Mitglieder, leben in 125 Gemeinden. Auf eine Pfarrstelle kommen etwa 600 Gemeindeglieder, in anderen Landeskirchen sind es 2000. Allein diese wenigen Zahlen machen deutlich, wie groß der Bedarf an Veränderungen ist. Dazu hat ein Gremium ein Strategiepapier erarbeitet, das auf der Synodaltagung im November beraten werden soll (und inzwischen ist).

Die volkskirchlichen Strukturen sind in der bisherigen Form nicht aufrecht zu erhalten, weder personell, noch finanziell. Eine enge Kooperation mit anderen Landeskirchen wird angestrebt. Der Kirchenpräsident hat große Aufgaben vor sich, gilt es doch die Identität, die Tradition und das Zusammengehörigkeitsgefühl in dieser kleinen Landeskirche mitzunehmen. Es wird viel Gottvertrauen und Mut auf den neuen Wegen geben müssen, die gefunden und gegangen werden müssen.

Wenn es um Einzelfragen, wie Stellenbesetzungen, Beamtenpensionen, Strukturreformen, Haushalt, Einsparungen geht, so sind die Vorstandsmitglieder des EAK damit aus ihrer Mitarbeit in der EKM und einige als MdL bestens im Bilde. Sie werden die Entwicklung der Ev. Landeskirche Anhalts mit Interesse und Sympathie verfolgen.

Herr Kirchenpräsident hatte für den EAK- Rundbrief zum Herbst 2025 eine einleitende Besinnung zum Erntedankfest verfasst und durch die anderen Artikel des Briefes einen Eindruck über die Arbeit des EAK gewonnen.

Herr Stehli hatte über das Schulgesetz berichtet, insbesondere über die nunmehr gesicherte Finanzierung der Schulen in Freier Trägerschaft, die er als einen



vlnr. Anne-Marie Keding MdL, Prof. Wolfgang Merbach, Jürgen Scharf, Stephen Gerhard Stehli MdL, KP Karsten Wolkenhauer, Bernhard Ritter, Christina Schneppe, Gerhard Kögel, Gisela Schütze Freyhsleben

©Kirche Anhalt

unverzichtbaren Teil der Bildungslandschaft bezeichnete. Herr Kirchenpräsident stimmte zu und berichtete über die erfolgreiche Arbeit der vier evangelischen Grundschulen der anhaltischen Kirche, die Nachfrage sei überaus groß. Allerdings gibt es auch hier finanzielle Probleme, allein durch die Lohnentwicklung beim Lehrpersonal.

Im Hinblick auf die Erhaltung und Sanierung von Kirchengebäuden verwies Herr Stehli auf die Stiftung Dome und Schlösser in Sachsen - Anhalt, die Vereinigten Domstifter, zahlreiche Unterstützung aus verschiedenen Förderprogrammen, auch auf die ehrenamtliche Arbeit der örtlichen Kirchenbauvereine. Landesregierung und Kirchen arbeiten auf diesem Gebiet sehr intensiv zusammen. Dennoch ist klar, dass bei der großen Anzahl - allein in der Ev. Landeskirche Anhalts 210 Kirchengebäude – die finanziellen Mittel nicht ausreichen werden, so dass Prioritäten gesetzt werden müssen, die sogar zur Aufgabe mancher Gebäude führen können.

Zu Grundsatzfragen im Verhältnis zwischen Staat und Kirche wird auf das jährliche Gespräch zwischen der Landesregierung und den Kirchen in Sachsen – Anhalt verwiesen, das am morgigen 04. November 2025 stattfinden wird (und inzwischen stattfand), an dem Herr Kirchenpräsident erstmals teilnehmen wird.

Im Mittelpunkt stehen das Thema der militärischen Sicherheitspolitik und die Herausforderungen für Land und Kirchen. Auch das Thema der Landtagswahl 2026, Wahlkampf, aktuelle Umfrageergebnisse dürften angeprochen werden. Herr Kirchenpräsident und die EAK - Vorstandsmitglieder sehen die Umfrageergebnisse für die AfD mit großer Sorge.

Zum Abschluss dankte Herr Stehli für die Einladung. Die Gespräche sollen fortgesetzt werden.

Herr Kirchenpräsident Wolkenhauer schloss mit einem Segenswort.

Gerhard Kögel

Menschen christlichen Glaubens in Deutschland¹

Bevölkerung insgesamt, Stand 31.12.2024 ¹	83.577.000
darunter Christ*innen	42.475.000
Evangelische Kirche in Deutschland, Stand 31.12.2024	17.980.000
Evangelische Freikirchen, diverse Stände	284.000
Römisch-katholische Kirche, Stand 31.12.2024	19.769.000
Orthodoxe Kirchen, diverse Stände	3.876.000
Andere christliche Kirchen, diverse Stände	366.000
Andere christliche Gemein- schaften, diverse Stände	200.000

„Bildung mit klarem Kompass“

Bildungsminister Jan Riedel über seine Bildungsagenda für Sachsen-Anhalt

Wenn wir in Sachsen-Anhalt über Bildung sprechen, kreisen die Debatten häufig um Rahmenbedingungen, Zahlungsmodalitäten oder Verwaltungsfragen. All diese Themen sind wichtig, doch sie verdecken manchmal den Blick auf das eigentliche Ziel unseres Handelns. Der IQB-Bildungstrend 2024 hat es erneut deutlich gemacht: Unseren Schülerinnen und Schülern fällt es zunehmend schwer, den Anforderungen gerecht zu werden. Diese Diagnose muss uns wachrütteln. Wir brauchen einen klaren Kompass: Der Lernerfolg jedes einzelnen Kindes muss das Zentrum unserer Bildungspolitik bilden.

Als neuer Bildungsminister möchte ich unseren Schulen eine verlässliche Orientierung geben. Es geht nicht darum, das System von Grund auf umzuwälzen, sondern darum, konsequente und wirksame Schritte einzuleiten, die den Unterricht verbessern und die Bildungsqualität spürbar steigern.

Mehr Freiheit für Schulen vor Ort

Gute Bildung entsteht nicht im Ministerium, sondern in den Klassenräumen. Deshalb will ich die

¹EKD Mitgliederstatistik

<https://www.ekd.de/statistik-kirchenmitglieder-17279.htm>

Schulen vor Ort stärken und ihnen mehr Freiheit zur Gestaltung geben. Schulleitungen sollen künftig stärker wie verantwortungsvolle Unternehmer handeln können – mit flexiblen Personalbudgets, selbstständig verwalteten Schulbudgets und echten Entscheidungsspielräumen für innovative Projekte. Wo Menschen Verantwortung übernehmen und Gestaltungsmöglichkeiten erhalten, entstehen Lösungen, die präziser auf die Bedürfnisse vor Ort zugeschnitten sind, als es zentrale Vorgaben jemals könnten. Lehrkräfte, Schulleitungen und pädagogische Mitarbeiter sollen sich ermutigt fühlen, eigene Wege zu gehen und Herausforderungen pragmatisch anzupacken.

Wertschätzung für einen Beruf, der unsere Zukunft trägt



Minister Jan Riedel
© Foto: Luise Zenker, Ministerium für Bildung Sachsen-Anhalt

Der Lehrerberuf hat in den vergangenen Jahren viel öffentliche Kritik, aber wenig Anerkennung erfahren. Dabei zeigen die über 9100 freiwillig vereinbarten wöchentlichen Zusatzstunden - nach dem plötzlichen Wegfall der Vorgriffsstunde - oder die jährlich geleisteten hunderttausenden Mehrstunden eines sehr deutlich: Ohne den außergewöhnlichen Einsatz unserer Lehrkräfte würde das Schulsystem nicht funktionieren. Ich möchte dieser Berufsgruppe die Wertschätzung zurückgeben, die sie verdient – durch mehr Vertrauen und verbesserte Arbeitsbedingungen.

Gerade erfahrene Kolleginnen und Kollegen müssen wir stärker im Dienst halten, denn ihre pädagogische und fachliche Expertise ist unersetztlich. Dazu gehören gezielte Altersermäßigung ab dem nächsten Schuljahr, eine direkte persönliche Ansprache und unkomplizierte Beschäftigungsmodelle. Gleichzeitig wollen wir diejenigen, die über den Seiteneinstieg in den Lehrerberuf kommen, noch adäquater unterstützen. Gemeinsam mit dem LISA (Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt) arbeiten wir gerade an einem verbindlichen Studientag, der Fortbildungen bündeln und für die Schulen eine bessere Planbarkeit ermöglichen soll. Ergänzt werden soll dies durch eine feste Fachgruppe, deren Referenten die Seiteneinsteiger begleiten, ihnen Orientierung geben und die notwendigen Fortbildungsangebote koordinieren sollen. So wollen wir mehr Qualität, Unterstützung und Verlässlichkeit schaffen.

Kinder frühzeitig fördern

Bildung beginnt lange vor der ersten Klassenstufe. Entscheidend für den späteren Lernerfolg ist eine sichere Beherrschung der deutschen Sprache. Deshalb muss es uns gelingen, durch verpflichtende Sprachstandserhebungen im Vorschulalter und darauf aufbauende verlässliche Fördermaßnahmen, Kinder mit starken Defiziten zu erkennen und angemessen zu fördern. Damit die Übergänge reibungslos funktionieren, müssen Kita, Vorschule, Schule und Hort stärker verzahnt werden und kooperieren. Nur wenn wir Bildungsbiografien als Ganzes betrachten, können wir wirklich Chancengerechtigkeit schaffen.

Eine neue Rolle für die Sekundarschulen

Besonders im Fokus unserer Anstrengungen stehen die Sekundarschulen. Es geht nicht darum, Schulformen gegeneinander auszuspielen oder künstliche Konkurrenz zu erzeugen. Vielmehr wollen wir das Profil dieser Schulform neu denken: Die Sekundarschule soll die Schule der Praxis und der Berufsorientierung sein. Schule und Arbeitswelt müssen enger miteinander verflochten werden. Das an einigen Schulen bereits erprobte 4+1-Modell mit Praxiserntagen – vier Tage Unterricht in der Schule und ein Tag praktische Erfahrung in Betrieben – soll in Zukunft als reguläres Konzept etabliert werden. Durch eine stärkere Einbindung der regionalen Wirtschaft schaffen wir mehr Praxisnähe, erhöhen die Ausbildungsbereitheit der Jugendlichen und stärken zugleich die Betriebe in unserem Land.

Mehr professionelle Unterstützung im Schulalltag

Unterrichtsqualität entsteht nicht allein durch gute Lehrkräfte, sondern auch durch verlässliche Unterstützungssysteme. Seit Jahren setzt sich das CDU-geführte Bildungsministerium für multiprofessionelle Schulteams ein: Schulverwaltungsassistenten, pädagogische Mitarbeiter und Digitalassistenten entlasten das Lehrpersonal und sorgen dafür, dass sich Pädagoginnen und Pädagogen auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können. Diesen Weg möchte ich fortsetzen und weiter ausbauen. Jede Form von administrativer Entlastung bedeutet mehr Zeit für Schülerinnen und Schüler.

Verantwortungsvolle Schulentwicklungsplanung

Unser Land ist geprägt von sehr unterschiedlichen Lebensräumen. Deshalb braucht es eine Schulentwicklungsplanung, die diesen Besonderheiten gerecht wird. Sie muss langfristig angelegt sein und sowohl städtische als auch ländliche Strukturen im Blick behalten. Es wird Regionen geben, in denen angesichts des demografischen Wandels Fusionen, Verbünde oder sogar Schließungen unvermeidbar sein werden. Doch solche Entscheidungen müssen mit Augenmaß getroffen werden, transparent begründet sein und den Anspruch verfolgen, die Qualität der Bildung zu sichern und Daseinsvorsorge verlässlich zu gewährleisten. Ich bin den Landtagsabgeordneten unserer Koalitionsparteien deshalb sehr dankbar, dass in der Novembersitzung mit der 19. Novellierung des Schulgesetzes dafür die Grundlagen gelegt wurden.

Fazit: Ein Bildungssystem im Dienst der Kinder

Mein zentrales Leitmotiv lautet: Wenn wir den Lernerfolg jedes Kindes in den Mittelpunkt stellen, ordnen sich alle anderen Maßnahmen diesem Ziel unter. Mit mehr Autonomie für Schulen, einer klaren Zuständigkeitsstruktur, wirksamer Unterstützung für Lehrkräfte und einer modernen Weiterentwicklung unserer Bildungslandschaft wollen wir unser Bildungssystem wieder stärker machen.

Ich freue mich darauf, diesen Weg gemeinsam mit allen Beteiligten – Schülern, Lehrkräften, Eltern, Schulträgern, der Wirtschaft und der Politik – zu gehen. Vor kurzem startete unser Beteiligungsprozess Bildung 2035 für Sachsen-Anhalt, bei dem wir

aufbauend auf dem Landesschulbeirat mit allen relevanten Gruppen in Expertenrunden und in mehreren Regionalkonferenzen mit der Bevölkerung über die zukünftigen Bildungsaufgaben beraten und ein gemeinsames Handeln skizzieren wollen. Denn Bildung ist unsere wichtigste Zukunftsaufgabe. Lassen Sie uns diese gemeinsam gestalten.

Ihr
Jan Riedel
Minister für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt



Magdeburger Lichterwelt
© Jürgen Scharf

Erneuertes Schulgesetz für Sachsen-Anhalt – neue Regelungen und Anpassungen – Teil 3

Die große Schulgesetznovelle hat nach langen und intensiven Behandlungen und Beleuchtungen im federführenden Ausschuss für Bildung sowie in den mitberatenden Ausschüssen für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, für Inneres und Sport sowie für Finanzen am 4. Juni 2025 eine Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses für das Landtagsplenum erhalten. Nach der Terminierung durch den Ältestenrat konnte der Landtag in seiner Sitzung am 11. Juni 2025 das 18. Änderungsgesetz zum Schulgesetz verabschieden, das nunmehr zum 1. August 2025 in Kraft treten und somit seine Wirkung bereits für das neue Schuljahr 2025/26 entfalten. Die wichtigsten (aber nicht alle) Neuerungen sollen nunmehr noch einmal hier kurz zusammengefasst werden.

- Gesetzliche Verankerung der Mindestschülerzahlen für Anfangsklassen für den ländlichen Raum wie für die Oberzentren. Damit wird durch größere, deutliche Verbindlichkeit wesentlich zur Stabilisierung von Schulstandorten beigetragen. Damit wurde einem umfassenden Wunsch gerade der öffentlichen Schulträger Rechnung getragen.

- Grundlagen für Kooperationen von verschiedenen Schulen vor allem zur Erhaltung eines

qualifizierten und differenzierten Unterrichtsangebotes an möglichst vielen bewährten Standorten. Damit werden die Trägerverantwortung und die Trägergestaltungsmöglichkeiten gestärkt.

- Verankerung des Dualen Lernens, damit – auch durch Programme wie Praxislerntage und Produktives Lernen – die Schulabrecherquote im Interesse der Schülerinnen und Schüler gesenkt werden kann. Hierdurch können und sollen praxisorientierte Bildungswegs gestärkt werden.

- Neue und klare Regelungen zum notwendigen und gewünschten Einsatz von digitalen Lehr- und Lernformen zur Ergänzung des Präsenzunterrichts. Dieses entspricht auch den tagtäglichen Anforderungen des digitalen Zeitalters.



Stephen Gerhard Stehli MdL
© Foto: Rayk Weber

- Stärkung der Sicherheit an Schulen auch durch deutliche Erweiterung des Unterrichtsausschlusses bei Gefahr für die Mitschüler bzw. für die Schülerin oder den Schüler selbst. Dieses ist nun bis zu drei Monaten möglich. Auch kann in Zukunft stärker auf Schülerinnen und Schüler mit gesundheitlichen Einschränkungen eingegangen werden, z. B. ggf. durch ein reduziertes Unterrichtsangebot.

- Zur Entlastung der Lehrkräfte wird neben den pädagogischen Mitarbeitern eine neue Kategorie der pädagogischen Unterrichtshilfen eingeführt, die die multiprofessionellen Teams an den Schulen stärken sollen und Aufgaben der individuellen Förderung übernehmen sollen.

Damit wurden wesentliche Aufgaben und Zielsetzungen im Bildungsbereich im parlamentarischen Verfahren umgesetzt. Diese müssen sich nun in der Pra-

xis bewahren im Interesse der gesamten Schulfamilie, von Lehrkräften, öffentlichen wie freien Trägern, Leistungen, Eltern und vor allem der Schülerinnen und Schüler in Sachsen-Anhalt. Die parlamentarische Arbeit des Bildungsausschusses ist damit in Sachsen-Anhalt für diese Legislatur keinesfalls beendet. Nach den großen Feldern

- verlässliche und auskömmliche Finanzierung freier Schulen,

- gesetzliche Verankerung der Finanzierung der politischen Bildungsstiftungen, die den Parteien nahe stehen und der

- umfänglichen Schulgesetznovelle

Die Themen gehen somit nicht aus. Schließlich werden die Akzente aufzugreifen sein, die der neue Bildungsminister Jan Riedel in der restlichen Legislatur setzen wird. Als Vorsitzender des EAK habe ich natürlich auch immer dessen besondere Felder im Blickfeld. Ich werde gerne berichten.

Stephen Gerhard Stehli MdL

Vorsitzender des Bildungsausschusses des Landtags von Sachsen-Anhalt

Landesvorsitzender des EAK

„Nie wieder ist jetzt!“ – Gedenkstättenbesuche als Schlüssel für Empathie und Demokratiebildung

80 Jahre nach der NS-Diktatur brauchen wir eine neue Erinnerungskultur – eine, die junge Menschen erreicht, berührt und sie befähigt, für Menschenwürde und Demokratie einzustehen.



Bundesministerin Karin Prien
© Foto: Dominik Butzmann / photothek

Wir erleben eine besorgniserregende Zunahme antisemitischer Vorfälle auf den Straßen, aber auch an den Hochschulen, den Schulen und in den Sozialen Netzwerken. Dabei ist Antisemitismus heute ein vielgestaltiges Phänomen: Er tritt von rechts genauso auf

wie von links und in islamistisch motivierten Formen. Die Übergriffe reichen von Hakenkreuz-Graffitis und Hitler-Grüßen über antisemitische Beleidigungen bis hin zu Bedrohungen. Gleichzeitig schwindet das historische Wissen über den Holocaust, während immer mehr Menschen einen „Schlussstrich“ fordern. Diese Entwicklungen zeigen mir deutlich: Wir müssen Erinnerung, Aufklärung und Prävention dringend stärken. Hinzu kommt: Wir stehen an der Schwelle einer Zeit, in der es bald keine Überlebenden der Shoah mehr geben wird, die wir persönlich treffen können. Ihre Stimmen, ihre Geschichten, ihre Emotionen – all das hat Generationen geprägt. Doch diese Form der direkten Begegnung wird künftig nicht mehr möglich sein. Deshalb müssen wir heute Wege finden, Erinnerungen so zu vermitteln, dass sie nicht nur auf Fakten beruhen, sondern junge Menschen emotional erreichen. Gedenken darf weder zum Ritual noch zu einem rein kognitiven Lernprozess verflachen. Es muss uns berühren, erschüttern, zum Nachdenken bringen – und Empathie wecken. Nur dann kann Erinnerung ihre präventive Kraft entfalten. Gedenkstättenbesuche spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie machen Geschichte erfahrbar und schaffen emotionale Nähe zu den Schicksalen der Opfer. Kontakte zu Nachfahren und das Arbeiten mit Einzelschicksalen können diese Wirkung noch verstärken. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass alle Schülerinnen und Schüler im Laufe ihrer Schulzeit eine KZ-Gedenkstätte oder andere außerschulische Erinnerungsorte besuchen. Ich bin überzeugt: Die Lehrpläne sollten das vorsehen. Doch ein solcher Besuch darf niemals isoliert stehen. Er muss in guten Unterricht eingebettet sein – mit Raum für Fragen, Reflexion und persönliche Zugänge. Denn die nationalsozialistische Gewaltherrschaft begann nicht in Auschwitz, sondern mit schlechender Entrechtung, Entmenschlichung und Enteignung. Das zu verstehen, ist zentral, um die Mechanismen von Ausgrenzung und Hass auch heute zu erkennen.

Mir ist wichtig, dass junge Menschen Mitgefühl entwickeln. Wer kein Mitgefühl für seinen Nächsten empfindet, ist leichter verführbar. Menschenwürde ist etwas unglaublich Kostbares – und wir müssen Kindern und Jugendlichen beibringen, sie zu schützen. Das gelingt nicht nur in Schulen und Familien, sondern auch in Vereinen und der Jugendarbeit. Wer dort Verantwortung übernimmt und für andere einsteht, ist besser davor geschützt, menschenfeindlichen Ideologien auf den Leim zu gehen. Eine moderne Erinnerungskultur braucht unterschiedliche, zeitgemäße Zugänge: digitale Lernplattformen, Games, Filme, Graphic Novels, Begegnungen mit Nachfahren von Opfern und forschendes Lernen an historischen Orten. Besonders wertvoll sind außerschulische Angebote, die Zeit, Tiefe und pro-

fessionelle Begleitung bieten. Gedenkstättenbesuche, die sich über einen ganzen Tag oder mehrere Tage erstrecken und in Kleingruppen stattfinden, ermöglichen Jugendlichen, sich ein eigenes Urteil zu bilden und sich mit der Frage auseinanderzusetzen, in welcher Gesellschaft sie leben wollen.

Um all dies zu stärken, unterstützt das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms „Jugend erinnert“ außerschulische Fahrten in Zusammenarbeit mit Bildungsträgern. Diese Förderung aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) haben wir in den letzten Jahren sukzessive steigern können auf 1,75 Mio. Euro im aktuellen Haushaltsjahr. Gemeinsam mit der Bethe-Stiftung werden wir die Mittel aus dem KJP für Gedenkstättenfahrten verdoppeln. Im kommenden Jahr stehen dadurch insgesamt 3,5 Millionen Euro zur Verfügung. Damit können deutlich mehr Kinder und Jugendliche diese prägenden Erfahrungen machen – Erfahrungen, die Wissen vermitteln und Haltung stärken. In einer Zeit wachsenden Antisemitismus muss Schule mehr denn je ein Lebens-, Lern- und Erfahrungsraum für gelebte Demokratie sein. Partizipation, Mitbestimmung und Vielfalt im Schulalltag fördern politisches Wissen, Empathie und Verantwortungsübernahme – genau das Rüstzeug, das junge Menschen brauchen, um zu mündigen, demokratischen Erwachsenen zu werden.

Denn eines ist klar: „Nie wieder“ ist keine historische Formel. „Nie wieder“ ist „Jetzt“.

Karin Prien
Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Pflegebedürftige und Pflegende im Blick

Wie gehen wir als Gesellschaft mit Menschen um, die unsere Hilfe und Unterstützung brauchen, zum Beispiel weil sie pflegebedürftig geworden sind. Das ist auch eine Frage die uns als Christdemokratinnen und Christdemokraten beschäftigen sollte. Dabei immer im Blick das Christlich-Soziale, neben dem Konservativen und dem Liberalen, eine der drei tragenden Säulen der Union.

Das Thema Pflege begegnet uns allen, früher oder später. Häufig glaubt man, dass Pflegebedürftigkeit im Zusammenhang mit dem zunehmenden Alter steht. Das ist grundsätzlich richtig. Aber auch Unfälle oder Formen von Behinderungen können dazu führen, dass man pflegebedürftig wird.



Tobias Krull MdL
© Foto: Rayk Weber

Bei einer Bevölkerung von rund 2,3 Millionen Menschen in Sachsen-Anhalt erhalten bereits heute rund 200.000 Menschen Leistungen aus der Pflegeversicherung in unserem Land. Grob gesagt, jeder zehnte Mensch in unserem Land ist davon direkt persönlich betroffen. Wenn man die Menschen, die sich professionell und beruflich mit dem Thema Pflegeversicherung beschäftigen steigt die Zahl noch einmal an. Wenn man jetzt noch die pflegenden Angehörigen hinzurechnet, wird deutlich: das Thema Pflege spielt im Alltag vieler Menschen eine wichtige Rolle.

In den folgenden Zeilen möchte ich den Versuch unternehmen die unterschiedlichen Herausforderungen zu beschreiben und mögliche Lösungen aufzuzeigen. Wichtig ist mir vor allem dabei die Perspektive der Pflegebedürftigen selbst, aber auch der pflegenden Angehörigen. Denn mehr als 70 Prozent der Pflegebedürftigen in unserem Land werden, allein, oder mit Unterstützung von Dritten, von diesen gepflegt.

Beginnen möchte ich mit dem Thema, was Pflegebedürftige von einer guten Pflege erwarten. Denn gute Pflege ist mehr als „sauber und satt“. Es geht, um menschliche Nähe und die Möglichkeit die eigene Individualität auch weiter leben zu können. Dazu bedarf es persönlicher Freiräume. Das geht am besten in der gewohnten Lebensumgebung der eigenen vier Wände. Man kennt seinen Kiez, seine Wege und hat hoffentlich auch entsprechende soziale Netzwerke hier. Daher muss es vordringliches Ziel sein, die Hilfen so zu gestalten, dass die Menschen, auch bei steigenden Pflegebedarfen, in der Häuslichkeit verbleiben können. Ein Ansatz ist das Programm „Pflege im Quartier“. Bei diesem werden bestehende Angebote vernetzt und bekannt gemacht. Bedarfsgerechte Hilfsangebote, bis

hin zum ambulanten Pflegedienst, sollen es den Pflegebedürftigen ermöglichen wie bisher am Wohnort zu verbleiben.

Ergänzt wird dieses Angebot um Lösungen wie das betreute Wohnen, welches im Stadtteil, Kleinstadt oder Dorf angeboten wird. Bereits vor dem Eintritt der Pflegebedürftigkeit kann der Umzug in ein solches Objekt sinnvoll sein. Benötigte Leistungen, wie Hilfen im Haushalt, Essensversorgung bis hin zu Pflegedienstleistungen können dann problemlos hinzugebucht werden. Die Angebote in diesem Bereich sind sehr zahlreich.

Problematisch kann es werden einen Pflegedienst zu finden. Immer häufiger hört man von Schwierigkeiten einen geeigneten Pflegedienst vor Ort zu finden. Gerade im ländlichen Raum nimmt diese Herausforderung zu. Hier ist es sicher sinnvoll, dass sich Pflegedienste untereinander absprechen und regionale Versorgungsbereiche betreuen. Das verhindert nicht nur unnötige Fahrzeiten, sondern ermöglicht auch einen effektiven Einsatz des Fachpersonals.

Wenn man pflegende Angehörige fragt, was sie benötigten, ist der finanzielle Aspekt nicht der einzige Faktor, der angesprochen wird. Es geht auch darum, woher man Informations- und Beratungsangebote bekommt. Wie der bürokratische Aufwand möglichst geringgehalten wird und auch wie der Austausch mit anderen Betroffenen realisiert werden kann. Lokale Zusammenschlüsse von pflegenden Angehörigen existieren bereits in Sachsen-Anhalt und sind zweifelsohne ein wichtiger Punkt. Wenn man Sorgen teilen, vom Wissen anderer profitieren kann und auch erfährt das man in solcher Situation nicht allein ist, ist schon viel erreicht. Hier wäre sicher mehr Unterstützung von Seiten Dritter, wie Kommunen, Land und anderen wünschenswert und sinnvoll. Dies stellt dann eine Ergänzung zu den anderen Angeboten, wie der vernetzten Pflegeberatung, dar.

Durch die Schaffung weiterer Entlastungsmöglichkeiten, zum Beispiel bei der Finanzierung einer Kurzzeitpflege, sollen die pflegenden Angehörigen auch Freiräume erhalten, um selbst etwas für sich und ihre Gesundheit tun zu können.

Ein weiterer Punkt ist zweifelsohne die finanzielle Belastung durch die Pflege. Wenn die Durchschnittsrente in Sachsen-Anhalt bei rund 1.600 Euro liegt, und häufig die einzige Form der Alterssicherung ist, aber ein Platz in einer stationären Pflegeeinrichtung 2.700 Euro kostet, wird das Problem sehr schnell deutlich. Natürlich gibt es Entlastungen, wenn man länger in einer solchen Einrichtung wohnt. Im Zweifelsfall tritt das Land Sachsen-Anhalt über die Hilfe zur Pflege ein und finanziert den Pflegeplatz. Aber eben erst dann, wenn das eigene Vermögen aufgebraucht und die Kin-

der nicht zur Zahlung verpflichtet sind, und das sind diese erst ab einem einzelnen Bruttojahreseinkommen von 100.000 Euro. Inzwischen wendet das Land deutlich mehr als 100 Millionen Euro pro Jahr für die Hilfe zur Pflege auf.

Auch bei der ambulanten Pflege erleben wir die gleiche Situation. Immer mehr Pflegedienste berichten, dass bestehende Pflegeleistungen auf Grund der gestiegenen Eigenanteile abbestellt werden. Obwohl der Bedarf natürlich weiterhin vorhanden ist.

Ein weiteres Thema ist die Bereitstellung von Pflegehilfsmitteln. Wenn Pflegebedürftigen zum Beispiel täglich nur eine Inkontinenzhilfe gewährt wird, aber der faktische Bedarf größer ist führt am Kauf auf eigene Kosten wohl kein Weg vorbei. Auch das ist für viele eine echte finanzielle Belastung.

Bezüglich einer kürzlich diskutierten möglichen Abschaffung des Pflegegrades I kann ich klar für die CDU-Landtagsfraktion sagen, dass wir dagegen sind. Gerade im Hinblick auf die Zuschüsse für den Umbau des Bades für einen barrierearmen/-freien Zugang.

Um das Finden eines geeigneten Pflegeheimplatzes zu erleichtern haben wir uns erfolgreich für die Schaffung eines Pflegeheimplatzfinders als Online-Angebot eingesetzt.

Aktuell wird auf Bundesebene diskutiert, wie die Kosten für die Pflegebedürftigen reduziert werden können. Ein Ansatz ist, dass zukünftig ein Festbetrag zu leisten ist, und die Pflegeversicherung die Pflegekosten darüber hinaus übernimmt. Ein weiterer Vorschlag ist, dass die Tarifsteigerungen bei den Beschäftigten durch die Pflegekassen getragen werden und damit nicht mehr die Kosten für die Betroffenen erhöht werden. Eine abschließende Regelung wurde noch nicht gefunden. Trotzdem müssen die entstandenen Kosten ja bezahlt werden. Bereits heute zahlt der Bund mind. eine Milliarde Euro um die Pflegekassen zu entlasten. Sollte der Bund einen größeren Beitrag übernehmen, würden hier Steuermittel eingesetzt. Also unser aller Geld. Sollte alternativ der Beitrag zur Pflegeversicherung steigen würde der Faktor Arbeit weiter verteilt. Es gibt also keine Generallösung, die alle bestehenden Herausforderungen ideal und gleichwertig lösen kann.

Ja, die Lage ist schwierig. Die Gestaltung und Sicherung einer würdigen Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und so müssen die bestehenden Herausforderungen angegangen werden.

Tobias Krull MdL
Sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Rezension



„Für eine liberale Ordnung – Gegen die Diktatur des „Wir“ und „Man“
© Foto: Stehli

Ein leidenschaftliches Plädoyer für die Freiheit – Markus Weilandt legt sein neues Buch vor: *Zufall „Für eine liberale Ordnung – Gegen die Diktatur des „Wir“ und „Man“*

„Non bene pro toto libertas venditur auro“ – „Nicht für alles Gold der Welt wird die Freiheit verkauft“ – dieser Wahlspruch der dalmatinischen Stadt Dubrovnik kam mir sofort in den Sinn, als ich mich in das neueste politikwissenschaftliche Werk von Markus Weilandt vertieft hatte. Denn er meint es sehr ernst mit unserer Freiheit, die er als das unverzichtbare und tragende Fundament der grundgesetzlichen Demokratie konstatiert. Diese Bedeutung wird auf 180 Seiten des Bandes mit einem beeindruckenden Bezüge- und Zitatenschatz quer durch die deutsche und europäische Ideengeschichte dick unterstrichen. Aber Weilandt geht es nicht zuvörderst um eine Aufarbeitung der theoretischen Aspekte der Freiheitsidee in unserer politischen und kulturellen Geschichte – was ihm nachgewiesen mühe los gelingen könnte –, sondern um die tagtägliche Bedrohung der Freiheit als Idee wie als Verhaltensmaxime in unserm – nicht nur politischen – Alltag. Kapitel für Kapitel greift Weilandt die verschiedensten Aspekte der gesellschaftlichen Zusammenlebens auf und arbeitet die Angriffsszenarien

kollektivistischer und populistischer Propagandisten präzise und klar heraus: Sprache, Gesundheitsentscheidungen, Bildungspolitik, Verkehrserziehung und Energieentwürfe: mit durchaus alarmierendem (und durchaus nachzuvollziehendem) Nachdruck wird die Übergriffigkeit moralisierender Instanzen auf die individuelle Freiheit aufgegriffen und die dahinterstehende Zielsetzung der fortschreitenden Entmündigung des freien Bürgers freigelegt. Weilandt macht deutlich, dass die Angriffe auf die bürgerliche Freiheit, ohne die ein erfolgreiches, den allgemeinen Wohlstand ebenso wie soziale Zuwendungen förderndes und sicherndes staatliches Gemeinwesen auf die Dauer nicht bestehen kann, interessen- und gruppenorientiert sind – und letztlich auch die Machtfrage stellen. Die Bedrohungen kommen sowohl von rechten wie vom linken Rand der politischen Aktionen. Aber diese so wichtige und so bedrohte Freiheit ist bei aller Individualität immer auch mit einer umfassenden Verantwortungskomponente versehen, aus der eine freie Gesellschaft freier Bürger werden und bleiben soll, eine liberale Ordnung eben. Weilandt macht deutlich, dass die unverzichtbare Freiheit oft als zu selbstverständlich hingenommen wird und damit ihr schleichendes Erodieren nicht bemerkt wird, bis es zu spät ist. Hiergegen setzt er den Wert der reflektierten Information, der hinterfragenden Aufklärung und auch der individuellen Resilienz – alles Tugenden, die aber immer wieder entwickelt, geschärft und tagtäglich angewendet werden müssen. Markus Weilandt wäre nicht der profilierte Bildungsexperte, der er ist, wenn er nicht mit insistierender Eindringlichkeit und notwendiger Drastik gerade die in der Bildungspolitik bestehenden, umfassenden Defizite klar und ungeschönt nennen würde. Das Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer, aber auch eine Warnung ohne entschärfende Beruhigungsperspektive. Und dabei verliert Markus Weilandt weder als überzeugter Christ noch als scharfer politischer Analytiker den Glauben oder die Hoffnung, wenn er seine Leserschaft im überragenden Wert der liberalen Ordnung bestärken, ja sie für diese noch mehr gewinnen will, ganz im Gegenteil. Wer beim Lesen genau in den Text hineinhört, wird die edlen Töne des Liedes der Deutschen ebenso vernehmen wie den leidenschaftlichen Aufruf der Marseillaise! Die Freiheit braucht dringlich und gerade heute engagementbereite Freiheitsfreunde, das legt uns Markus Weilandt ans Herz, denn die Freiheitsfeinde auf vielen politischen Seiten sind bereits am Werk. Dem handlichen Buch ist daher eine große Leserschaft von solchen Freiheitsfreunden zu wünschen. Für politisch-praktisch Interessierte wie für politische Verantwortungsträger ist es weit mehr

als nur empfehlenswerte Lektüre für die Zeit zwischen den Jahren auf dem Weg in ein neues, entscheidendes Wahljahr in Sachsen-Anhalt, es ist ein Appell an Herz und Verstand.

Stephen Gerhard Stehli MdL

Leserbrief zum Artikel „Der Sommer 2025 und die Erderwärmung“

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich war von den Ausführungen unter der Überschrift „Der Sommer 2025 und die Erderwärmung“ im September-Rundbrief des EAK Sachsen-Anhalt überrascht. Die mangelnde Unterscheidung von Wetter und Klima erscheint als ein Schwachpunkt der vorgelegten Argumentation. Dass das Wetter im Sommer 2025 in Deutschland relativ kühl und nass war, ist für Aussagen über den globalen Klimawandel irrelevant. Der Autor schreibt zudem, dass die Wissenschaftler des Weltklimarats IPCC über die Gründe des global gemessenen Temperatur-Anstiegs „rätseln“ würden. Das ist nicht der Fall. Der Sechste Sachstandsbericht des Weltklimarats (2023) stellt fest: „Menschliche Aktivitäten, vor allem die Emission von Treibhausgasen, haben eindeutig die globale Erwärmung verursacht“.

Hochachtungsvoll
Dr. Christiane Diehl

Felmburg in Ethikrat



Dr. Bernhard Felmburg bei der Konrad-Adenauer-Stiftung Berlin

© Foto: Quelle:

https://www.bernhard-felmburg.de/wp-content/uploads/2016/11/160913_IPPFoRB_02_Bernhard_Felmburg.jpg

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bundestagspräsidentin Julia Klöckner hat den evangelischen Theologen Dr. Bernhard Felmburg zum 1. Dezember 2025 in den Deutschen Ethikrat berufen. Der 60-jährige Militärseelsorger wurde von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Nachfolger von Petra Bahr benannt, die im Juni 2025 ihr Amt niedergelegt hatte.

Dr. Bernhard Felmburg ist seit Oktober 2020 Bischof für die Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr. Davor leitete er im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung von 2014 bis 2018 die Unterabteilung Zivilgesellschaft, Kirchen und Wirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit und ab 2018 die Zentralabteilung. Von 2009 bis 2013 war Bernhard Felmburg Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union.

Der Deutsche Ethikrat und sein Vorsitzender Helmut Frister heißen Bernhard Felmburg herzlich im Rat willkommen.²

Mit freundlichen Grüßen

Katrin Arnholz

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ergänzung: Bernhard Felmburg war von 2000 bis 2002 Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU.

Die Weihnachtsgeschichte nach Lucas



© Foto: Quelle: WIKIMEDIA

¹ Es begab sich aber zu der Zeit, dass ein Gebot von dem Kaiser Augustus ausging, dass alle Welt geschätzt würde. ² Und diese Schätzung war die allererste und geschah zur Zeit, da Quirinius Statthalter in Syrien war.³ Und jedermann ging, dass er sich schätzen ließe, ein jeglicher in seine Stadt. ⁴ Da machte sich auf

²Pressemitteilung des Deutschen Ethikrates vom 3.12.2025
<https://www.ethikrat.org>

auch Josef aus Galiläa, aus der Stadt Nazareth, in das judäische Land zur Stadt Davids, die da heißt Bethlehem, darum dass er von dem Hause und Geschlechte Davids war,⁵ auf dass er sich schätzen ließe mit Maria, seinem vertrauten Weibe[1]; die war schwanger.⁶ Und als sie daselbst waren, kam die Zeit, dass sie gebären sollte.⁷ Und sie gebar ihren ersten Sohn und wickelte ihn in Windeln und legte ihn in eine Krippe; denn sie hatten sonst keinen Raum in der Herberge.⁸ Und es waren Hirten in derselben Gegend auf dem Felde bei den Hürden, die hüteten des Nachts ihre Herde.⁹ Und des Herrn Engel trat zu ihnen, und die Klarheit des Herrn leuchtete um sie; und sie fürchteten sich sehr.¹⁰ Und der Engel sprach zu ihnen: Fürchtet euch nicht! Siehe, ich verkündige euch große Freude, die allem Volk widerfahren wird;¹¹ denn euch ist heute der Heiland geboren, welcher ist Christus, der Herr, in der Stadt Davids.¹² Und das habt zum Zeichen: Ihr werdet finden das Kind in Windeln gewickelt und in einer Krippe liegen.¹³ Und alsbald war da bei dem Engel die Menge der himmlischen Heerscharen, die lobten Gott und sprachen:

¹⁴ Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden bei den Menschen seines Wohlgefallens[2]. ¹⁵ Und da die Engel von ihnen gen Himmel fuhren, sprachen die Hirten untereinander: Lasst uns nun gehen gen Bethlehem und die Geschichte sehen, die da geschehen ist, die uns der Herr kundgetan hat.¹⁶ Und sie kamen eilend und fanden beide, Maria und Josef, dazu das Kind in der Krippe liegen.¹⁷ Da sie es aber gesehen hatten, breiteten sie das Wort aus, welches zu ihnen von diesem Kinde gesagt war.¹⁸ Und alle, vor die es kam, wunderten sich über die Rede, die ihnen die Hirten gesagt hatten.¹⁹ Maria aber behielt alle diese Worte und bewegte sie in ihrem Herzen.²⁰ Und die Hirten kehrten wieder um, priesen und lobten Gott für alles, was sie gehört und gesehen hatten, wie denn zu ihnen gesagt war.

Quelle:

<https://www.bibleserver.com/LUT/Lukas22C1-20>



Magdeburger Lichterwelt ©Jürgen Scharf

Kinderliteraturtipp



A wie Biene
Ein ABC mit tierisch guten Übersetzungen
Aus dem Englischen von Regina Jooß
Hamburg: Carlsen, 2025
ISBN: 978-3-551-52264-1
Preis: 15,00 €, 40 Seiten
Altersempfehlung: ab 6 Jahre

Ein ABC-Bilderbuch, das die Sprache feiert und die Vielfalt in den Mittelpunkt stellt. Ein echter Genuss für Augen, Ohren und Gehirn: Sehr zu empfehlen!

Prof. Dr. Michael Ritter (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)

Impressum

Herausgeber: Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt

Verantwortlicher Redakteur: Jürgen Scharf

Texte: Dr. Christiane Diehl, Tobias Krull MdL, Gerhard Kögel, OKR Michael Lehmann, Min. Karin Prien, Min. Jan Riedel, Thomas Rachel MDB, Prof. Dr. Michael Ritter, Stephen Gerhard Stehli MdL, Dr. Gabriele Theren

Bilder: Gemeinfrei bzw. Genehmigungen liegen vor

Stand: Dezember 2025:

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt herausgegeben. Der Herausgeber verfolgt keine kommerziellen Interessen.